

Kapitalistischen Gesellschaft zu entziehen und im eigenen Interesse zu verwenden.

Seit Jahrzehnten schon fehlt es nicht an Versuchen, die Agitation vom Kapitalismus dadurch unabhängig zu machen, daß eigene Druckereien und Verlagsanstalten gegründet wurden, die das geistige Mittelzeug für den Klassenkampf liefern sollen. Dann kam auch die Konsumgenossenschaftsbewegung auf, die das Ziel verfolgte, die Kaufkraft der einzelnen Arbeiterfamilien und die kleinen Ersparnisse des einzelnen auf dem Warenmarkt zum Vorteil der Gesamtheit nutzbar anzuwenden. Das ausbeuterische Warenkapital verspürte sehr bald die Wirkung dieses Vorgehens, indem es auf eine Kundschafft verzichten mußte, die es als ein Ding betrachtet hatte, das ihm von Rechts wegen gehörte. Auch das Produktionskapital beginnt die Entziehung der Arbeiterkundschaft unliebsam zu verspüren, seitdem die Genossenschaften zur Eigenproduktion übergegangen sind. Hieraus erklärt sich der heftige Kampf gegen die modernen Genossenschaften, der sich noch immer erbitterter gestalten wird, je mehr die Genossenschaftsbewegung an Ausdehnung und Tiefe gewinnt. Dieser Kampf wird geführt unter der Flagge der nationalen Weisung, aber ein Kenner des Wirtschaftslebens weiß, daß sich unter dieser Flagge sehr nackte kapitalistische Selbstinteressen verbergen.

Ganz allmählich erweiterte sich das finanzielle Arbeitsgebiet der Arbeiterorganisationen und es dehnte sich auch auf das Gebiet des Versicherungswesens aus, wo das private Kapital bislang als unumfänklicher Herrscher auftrat und deshalb wahre Ausbeutungsorgien feiern konnte. Diese kapitalistische Glanzperiode hat nun auch den Höhepunkt überschritten, denn in der neugegründeten „Volkspfürsorge“ ist dem Versicherungskapital eine gefährliche und darum sehr unangenehme Konkurrenz entstanden. Es ist ein erfreuliches Zeichen sozialer Einsicht und ein Beweis für die steigende geistige Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft, daß dies Unternehmen so begeistert begrüßt wurde und daß schon heute, in den ersten Anfängen der Bewegung, Zehntausende von Proletariats ihre Versicherungsbeiträge in ein Unternehmen hineinstecken, das nicht kapitalistisch-selbsttückigen Zwecken dient, sondern lediglich im Interesse der proletarischen Unterschichten verwaltet wird. Wir sind überzeugt, daß die Arbeitergroßen auch auf dem Versicherungsmarkt eine wohlthätige, volksfreundliche Wirkung ausüben werden. Daß die an den ungeheuren Versicherungsgewinnen interessierten Kapitalistengruppen gegen die „Volkspfürsorge“ Sturm laufen, wen möchte

das wundernehmen? Daß sie dabei an das Klassenbewußtsein der Kapitalisten oder der kapitalistisch verwehten Gesellschaftschichten appellieren, daß sie dabei christlich-nationale Phrasen machen und den Untergang von Staat und Gesellschaft vorherzagen, falls ihnen die setten Hapen aus den Zähnen gerissen werden, ist ebenfalls selbstverständlich. Glücklicherweise verfährt diese „unanständige Verquickung von Ideal und Geschäft“ bei der aufgetährten Arbeiterklasse nicht mehr und auch bei den rüchständigen Arbeiterschichten wird dieser widerliche Tamtam auf die Dauer unwirksam bleiben müssen. Wenn erst die unlegbaren Vorzüge der „Volkspfürsorge“ gegenüber den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften der großen Masse zum Bewußtsein kommen werden, dann wird auch der letzte Arbeiter seinen Vorteil wahrnehmen und die Geldproben müssen sich darin finden.

Die neuen Finanzprojekte der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich als nächstes Ziel die Errichtung einer gewerkschaftlichen genossenschaftlichen Zentralbank mit einer großen Anzahl Filialen gesetzt haben, rufen allerdings noch im dunklen Schoße der Zukunft. Es bedarf zahlreicher und gründlicher Erörterungen und Vorarbeiten, ehe sie verwirklicht werden können. Rein theoretisch liegt ja die Sache sehr einfach, aber in der Praxis türmen sich große Schwierigkeiten auf. Diese Finanzpolitik kann nicht übers Anie gebrochen werden und sie darf auch nicht beliebigen Impulsen folgen, weil gerade auf diesem Gebiete doppelte und dreifache Vorsicht notwendig ist. Aber über kurz oder lang muß diese neue Aufgabe in Angriff genommen werden und wir dürfen den Führern der modernen Arbeiterbewegung wohl das Vertrauen entgegenbringen, daß sie auch diese Aufgabe, wie so manche andere, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft lösen werden. Mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein, so sind sie doch nicht unüberwindlich, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg und unsere Organisationen haben noch immer bewiesen, daß sie ihr Ziel erreichen, das sie sich gesetzt haben. Und es kann wohl nicht ernstlich bestritten werden, daß es ein erstrebenswertes Ziel ist, die Arbeiterorganisationen auch finanziell auf die eigenen Füße zu stellen und ihre Geldmittel nicht nur direkt, sondern auch indirekt für ihre eigenen Zwecke nutzbar zu machen.

Schrittweise rückt die Arbeiterschaft auf allen Gebieten gegen das Kapital vor und beweist durch seine positive Arbeit, daß es gewiß ist, jeden Fußbreit sozialen Neulands mit zäher Energie zu erobern. Nicht nur die geistigen Kräfte, die im Proletariat schlummern, werden geweckt und

mobil gemacht, nicht nur die organisatorische Kraft des solidarischen Zusammenhaltens wird in den Dienst der großen Sache gestellt, nunmehr ballen sich auch die „Arbeitergroßen“ zusammen und eröffnen den Sturmangriff gegen die kapitalistische Festung. Und wo solchergearteter Geist und Materie zusammenwirkt, da kann der Sieg nicht ausbleiben.

Zum Streik in Lahr

ist zu berichten, daß die Situation noch immer die gleiche ist. Von den Streikenden ist auch nach den Feiertagen kein einziger umgefallen. In den bestreikten Betrieben wird dagegen selbst jetzt in der sonst immer recht flauen Geschäftszeit noch mit Ueberstunden, und zwar bis 9 und 10 Uhr, gearbeitet. Ein Zeichen, daß es den Unternehmern doch an Arbeitskräften mangelt muß.

Am 28. Dezember fand für zirka 400 Arbeiter der Streikenden eine Weihnachtsfeier statt, wozu aus dem ganzen Bezirk die Gaben so reichlich flossen, daß kein Kind unbeschenkt blieb. Für Unterhaltung sorgten die Kleinen selber durch einige gut gelungene Kinderchöre und Vortrag passender Gedichte.

Am Abend des gleichen Tages fand eine in gleicher Art wohlgeungene Feier für die Streikenden selbst statt. Dank der in glänzender Weise bewiesenen Solidarität der ganzen deutschen Kollegenchaft war es auch den Streikenden ermöglicht, das Weihnachtsfest in würdiger Weise zu feiern, indem jedem ohne Ausnahme als Extraausstattung ein namhafter Betrag zugewiesen werden konnte. Die verheirateten Kollegen erhielten außerdem auch noch zur Zahlung der Wohnungsmiete einen Zuschuß aus der Verbandskasse, so daß auch diesen Kollegen die schwersten Sorgen erleichtert werden konnten.

Am 31. Dezember wurde die Firma Müller vom Gewerbegericht verurteilt, einem der streikenden Kollegen den vorenthaltenen Lohn von zwei Tagen noch auszugahlen.

Je mehr sich bei der langen Dauer des Kampfes bei einzelnen Streikenden die Not einstellt, um so mehr zeigt sich auch bei den christlichen Wohltätigkeitsvereinen, sowie auch beim städtischen Armenamt die so oft gerühmte christliche Nächstenliebe in ihrer wahren Gestalt. So wurde einigen streikenden Heimarbeiterinnen, deren Männer erkrankt sind und infolgedessen auch keinen Verdienst haben, von der Stadt der nachgehuchte Zuschuß zum Hauszins verweigert mit dem Hinweis: es mache einen schlechten Eindruck, weil sie mit streiken. Auch der christliche Frauerverein verweigert diesen Streikenden die sonst in ähnlichen Fällen gewährte Hilfe durch Abgabe von Milch und Brot für die Kinder. Die Arbeiterschaft wird aus solchen Vorkommnissen jedenfalls die einzig

fix starb.
Er war seit längerer Zeit so wunderbar gewesen, hatte den ganzen Tag unten an der Pforte gesessen und gekuckt und hatte melancholisch geäußert, wenn er des Abends zu den Füßen seines Herrn lag und so wie er zu der Stadt hinüber sah. Der Tierarzt war geholt worden — er sagte, er leide an Herzverfettung infolge von Mangel an Bewegung — aber alles, was er verschrieb, hatte nicht geholfen. Fix starb und wurde in Marens Dreieck unter Stahlbohlen und Palsantinen begraben.
Ole und Marens saßen an dem Abend, als der Hund begraben war, wie gewöhnlich auf der Bank und waren ganz feierlich.
„Du, Marens“, sagte Ole und nahm die Pfeife aus dem Munde.
„Ja, Ole!“
„Weißt Du, was ich will?“
„Nein, das weiß ich nicht, Ole!“
„Ich will nicht da oben auf dem langweiligen Gestoßter Kirchhof liegen, wo nicht ein Mensch hinkommt, außer am Sonntag — ich will auf dem Weistirkhof liegen!“
„Ja, da kannst Du ja gern hinkommen, Ole!“ sagte die friedfertige Marens.
„Weißt Du, was ich glaube, woran Fix gestorben ist?“ fragte dann endlich Marens.
„Nein, das weiß ich wirklich nicht.“
„Ich glaube, daß er davon gestorben ist, daß er beratsen hatte, zu belien, das alte Wurmt!“
„Ja, das ist nicht unmöglich. — Ich vergesse ja auch schließlich, zu belien!“ kam es wie ein unwillkürlicher Ausdruck.
„Das ist aber Deine eigene Schuld, Ole!“
„Ja, das ist ganz so, wie man es nehmen will!“
„Endlich belam Marens einen lichten Gedanken und benutzte zum ersten — und letzten — Male in ihrem Leben die Bilderprache.“

„Ole,“ sagte sie.
„Ja!“
„Weißt Du noch, was der Gärtner voriges Jahr sagte?“
„Nein, das weiß ich nicht mehr!“
„Ja, damals, als mein altes Geranium eingegangen war!“
„Nein, das weiß ich wirklich nicht, Marens!“
„Ja, er sagte, wenn jemand lange Zeit in einem Topfe gestanden habe, dann gange es nicht, daß man ihn in das Land hinaus pflanzte.“
„So, hat er das gesagt? — Ja, da kann am Ende was Wahres dran sein.“
„Aber glaubst Du nicht auch, daß Du — und ich — daß wir nicht dazu taugen, nach Gestoßte verpflanzt zu werden?“
„Ja, wir sind ja doch sonst von Natur Freiluftpflanzen,“ sagte Ole, der besonnen aber resolut zu Marens Bilderprache überging.
„Aber wir haben zulange in der Stadt im Topfe gestanden!“ sagte Marens mit Sicherheit.
„Da kann am Ende was Wahres dran sein!“
„Ja, aber dann ist es wohl am besten, daß wir das tun, woran Du schon lange gedacht hast, Ole.“
„Was ist das, woran ich lange gedacht habe, Marens?“
„Das ist ganz genau dasselbe, woran ich gedacht habe, Ole!“
„Ja, das verändert ja die Sache. — Dann meinist Du also, daß ich morgen nach der Stadt fahren soll und mit dem Advokaten sprechen?“
„Ja, weißt Gott, das meine ich, Ole!“
Acht Tage später hatte Ole „Altersruh“ verlangt und ehe der Oktobertermin kam, hat er sein Geld in einem fünfstöckigen Haus draußen in der westlichen Vorstadt angelegt, wo er selbst eine Wohnung auf der Mansarde hatte und sein eigener Wirtschaft war.

Jetzt zieht sich Marens wieder jeden Sonntag an und Ole geht regelmäßig einen halben Schritt vor ihr her, die Zigarre in einem langen Rohr. Im Winter kommen sie nicht weiter als nach Frederiksborg, aber im Sommer fahren sie in die nächste Umgebung hinaus, gehen umher und besehen die Willengärten und freuen sich über ihre Mansarde in der großen Stadt.

„Lügen“.

Zwei Skizzen von W. A. Dirsch.
Wir waren am Strande. Warm und goldig schien die Vormittagssonne und legte über alles einen weichen, wohligen, lichtblauen Schleier.
Die Kinder bauten jauchzend ihre Burgen... Atemlos, mit glühenden Waden, kam meine Kleine angestürmt. „Ach Mamma, denke Dir, unsere Burg ist fix und fertig. Wir werden jetzt heiraten — Artur und ich. Ich bin die Braut und Artur ist der Bräutigam. Ach Mamma! Haben wir uns herrlich eingerichtet. Unsere Burg hat — große breite Fenster — ja so — wie unsere zu Hause... Einen silbernen Kochschrank habe ich — ja, und — und wirklich Mamma! — aus purem Silber — und — und“ (sie atmete hoch auf — und immer höheren Schwung nahm ihre rege Phantasie). „Aber hat mir ein goldenes Kleid geschenkt — ein goldenes — denke doch Mamma — und ja und einen Wagen — zum Ausfahren haben wir, der ist mit lauter Perlen besetzt — ja — und...“
„Ach! Höre doch auf!“ unterbrach ärgerlich meine neben mir sitzende Freundin den glänzenden Redefluß meiner Kleinen. „Wie kannst Du nur so lügen, Hanna! Das sind ja lauter Lügen!“
„Indigniert und strafend sah sie dann mich an: „Du wirst Dir da etwas Schönes ergiehn, wenn Du sie so — sich — in — etwas — hineinlügen“ läßt.“

richtige Lehre ziehen, daß es mit der soviel ge-
preijeren christlichen Wohltätigkeit dann, wenn
bei dem Arbeiter mal die Not einkehrt, nicht weit
her ist, sondern daß nur die Selbsthilfe durch An-
schluß an die gewerkschaftliche Berufsorganisation
vor der schlimmen Not schützen kann.

Unsere Streitposten, die ihre gewiß nicht leichte
Aufgabe auch bei der jetzt eingetretenen kalten Witterung
 gewissenhaft erfüllen, haben leider immer noch
bei einigen Firmen unter der Koheit der Ausläufer
und Hausburischen zu leiden. So wurde erst am
2. Januar wieder ein auf Kosten stehender Kollege
ohne jede Veranlassung von dem Hausburischen der
Firma Dr. in der rohesten Weise mißhandelt, so daß
der Kollege dadurch befalliger wurde und an seiner
Gesundheit wahrscheinlich dauernden Schaden er-
leidet. Die Polizei war wohl gleich zur Stelle, um
die Sache aufzuzeichnen, da aber bisher trotz der
polizeilichen Notierung von einem Vorgehen gegen
den rohen Purischen nichts bekannt wurde, ist leider
anzunehmen, daß dem Purischen überhaupt nichts
gesehen ist, denn sonst könnte dieser seine Koheiten
nicht immer wieder ausüben.

Wäre es umgekehrt, daß der Streikende den
Hausburischen in solch roher Art mißhandelt hätte,
dann wollten wir mal sehen, wie schnell die Polizei
bei der Hand wäre und wie die ganze Scharfmacher-
presse über den Terrorismus der Streikenden jertem
und nach dem Zuchthausgeich gegen die Streitposten
schreiten würde.

Der Streik wird aber trotz aller dieser Schika-
nierereien energisch weitergeführt. Der Zuzug nach
Lahr ist daher strengstens fernzuhalten und jede
Streikarbeit zu verweigern.

Aus unierem Beruf.

Das Buchgewerbe im Jahre 1913.

Wenn ein Jahr unter der Ungunst der Verhält-
nisse zu leiden gehabt hat, so ist es das vergangene
Jahr gewesen. Seit langem waren die wirtschaft-
lichen Verhältnisse nicht mehr so stark von der Welt-
lage beeinflusst, wie in der letzten Zeit, die durch die
Balkanriege Hemmungen erfahren hat, die sich in
der Stärke wohl niemand hat träumen lassen. Auch
das Buchgewerbe ist von dieser Ungunst der
Zeiten nicht verschont geblieben, ja es ist zum Teil
empfindlich in Mitleidenschaft gezogen worden, wenn
auch manche Zweige desselben trotz alledem Fort-
schritte zu verzeichnen haben, die sehr bemerzens-
wert sind.

Diese allgemeine Vorbemerkung gilt zunächst für
die weit verzweigte Druckindustrie und den
mit ihr zusammenhängenden Buchhandel. Die

politischen Verwickelungen waren nicht dazu angetan,
große Geschäftsbetriebe und Institute zur Heraus-
gabe von Publikationen zu veranlassen. Gar mancher
unterließ die Herausgabe eines Kataloges oder Pro-
spektes in größerem Umfange, da er nicht wußte,
was die nächste Zeit bringen konnte. Auch der Buch-
händler war vorichtig genug, um sich nicht größere
Publikationen auf Lager zu legen, deren Verkauf in
solchen Zeiten mehr als zweifelhaft ist. Freilich war
in der zweiten Hälfte des Jahres die politische Situa-
tion so geworden, daß man mit Ruhe in die Zukunft
sehen konnte. Aber die Nachwirkung des Jahres
1912 und des Anfangs des Jahres 1913 war so hart,
daß erst allmählich die Besserung zu verspüren war.
Wenn nun auch die Produktion im verfloffenen Zeit-
raum geringer war, so muß doch gesagt werden, daß
das, was geleistet wurde, hoch erfreulich ist. Hier
hat die bevorstehende Buchgewerbliche Welt-
ausstellung in Leipzig ihre Schatten voraus-
geworfen. Gar mancher Betrieb hat bereits be-
gonnen, sich für diese Schau vorzubereiten und das
merkte man an allem, was auf den Markt gebracht
wurde. Künstler wurden herangezogen, der Verleger
wollte immer mehr gediegen ausgestattete Bücher
auf den Markt bringen; kurz, die Tendenz nach der
kunstgewerblichen Seite, die schon seit einigen
Jahren mehr und mehr im Buchgewerbe eingeseht,
hat im verfloffenen Zeitraum Fortschritte gemacht.
Und dabei ist mit Freunden zu konstatieren, daß auch
Künstler von Namen sich bereitwillig in den Dienst
der Buchindustrie gestellt haben.

Betrachten wir die übrigen Zweige des Buch-
gewerbes, so liegen die Verhältnisse auch dort fast
ähnlich: Aeußere Hemmung und doch innerlicher
Aufschwung. Das Stoden im Buchdruckgewerbe
mußte natürlich auf die Schriftgießerei
zurückwirken. Sie waren nicht in dem Maße beschäf-
tigt, wie sie es wünschten. — Das hat sie aber nicht
abgehalten, neue Schriften zu schaffen unter Zu-
ziehung wiederum von Künstlern, die manches
Schöne angeregt haben, wenn auch freilich die oder
jene Schrift mehr als zweifelhaften Wert hat, da
die Künstler die praktische Seite der Sache vielfach
außer acht liegen.

Was die Druckfarbenfabrikation be-
trifft, so sind auch hier nennenswerte Fortschritte zu
verzeichnen insofern, als man wesentliche Verbesse-
rungen durch unablässige Versuche erreicht hat. Er-
wähnt seien in diesem Zusammenhange nur die
größeren Fortschritte auf dem Gebiete des Offset-
Drucks und allem, was mit diesem zusammen-
hängt.

Lithographie und Steindruck hatte
leider nicht nur unter der Ungunst der Balkanriege

Viele der kleinen Herrlichkeiten, die ein Kinder-
herz so hoch schlagen lassen, lagen auf Klein-Dannas
Tischchen... Mit großen, runden Augen, die
Händchen am Rücken, stand sie davor und musterte...
Wir warteten vergebens auf das gewohnte, stür-
mische „Danke — Danke!“
„Aun, kleiner Hans?“
Sie drehte sich um. Mit den Fingern auf
das Tischchen zeigend, sagte sie ernsthaft: „Du —
Mammi! Das hat das Christkindlein aber schön
gemacht! Wenn es da wäre — aber vielleicht läßt
es sich doch einmal sehen, wenn ich recht artig bin —
dann will ich es aber lieb haben, o, so lieb!“ Und
begeistert schloß sie die Armdchen um etwas und
warf begeisterte Knuffhändchen in die Luft...

„Ach! Wie wünschte ich in diesem Augenbilde,
dem Kinde die Wahrheit gesagt zu haben... Der
Dank gehörte mir... Sollte ich es ihm jetzt noch
sagen? Nein! Ich durfte nicht! Aber ich wollte
doch den Füßen, ach so herzigen Dank für dieses
Alles! Nein — ich durfte nicht!... Meines Kindes
klare Augen würden verwundert fragen: — Aber,
Mammi — warum hast Du mich denn angelogen?“
Und Klein-Danna sah sich und spielte... ohne
sich weiter um uns zu kümmern...

Einige bess're Welt gestalten
könnt ihr zu der Wölter Glüd.
Doch, ihr müßt zusammenhalten,
feiner tretet fezt zurück.
Ja, es bricht der Morgenschimmer
einer neuen Zeit herein;
aber dies vergeßet nimmer:
Einig, einig müßt ihr sein!

Regel.

zu leiden, sondern auch unter Zollschwierigkeiten;
außerordentlich hohe Zölle erschweren den Absatz,
insbesondere nach überseeischen Gebieten und rufen
im Auslande eigene Betriebe hervor. Freilich wird
die Zeit erit zeigen müssen, ob das Ausland auch voll
und ganz dem, was Deutschland auf diesem Gebiete
geschaffen hat, folgen kann.

Auch die Papierindustrie hat im Jahr
ernster Sorge hinter sich, das besondere Maßregeln
hervorgeufen hat, während auf dem Gebiete des
Technischen nur Erfreuliches berichtet werden kann,
da gute und spezielle Papiere jetzt mehr wie je ver-
langt werden. Im engen Zusammenhange damit
steht die erfreuliche Tatsache, daß auch

Die Buchbinder e i sich in vollem Maße dessen
benutzt geworden ist, daß auch sie berufen ist, mit-
zuhelfen und mitzuarbeiten im Streben nach der
kunstgewerblichen Seite des Buches. Und un-
schätzlich noch mit einem Worte auf

die Maschinenfabriken für buchgewerb-
liche Betriebe einzugehen, so sind auch dort wesent-
liche Neuerungen und Verbesserungen zu verzeichnen.
Nischen-Notationsmaschinen sind gebaut worden, die
Maschinen haben in einzelnen Teilen Fortschritte
erfahren, die nicht zu unterschätzen sind, so daß auch
hier ein Stillstand nicht zu konstatieren ist, und ein
Stillstand wird auch für das Jahr 1914 nicht ein-
treten, im Gegenteil: Das neue Jahr, das unter
wesentlich günstigeren Ausspizien steht, wird hoffent-
lich große Fortschritte bringen. Der politische Hori-
zont ist ruhiger, die Abzahnmöglichkeit wieder eine
größere. Die Weltausstellung für Buch-
gewerbe und Graphik wird das ihre dazu
beitragen, um alle Kräfte anzusammeln zu frohem
Schaffen. Und in der Tat: Allüberall rühet man
sich in buchgewerblichen Betrieben, um auf dieser
Weltchau mit Ehren bestehen zu können, so daß das
neue Jahr unter einem glücklicheren Stern für das
Buchgewerbe stehen wird als das vergangene Jahr.

Vom „Zegen“ der Unfallrente.

Im Betriebe der Firma Gutberlet in Anna-
berg Buchholz ist der Kräger Sch. im Jahre
1911 schwer zu Schaden gekommen. Er war auf dem
Fußboden ausgeglitten und so unglücklich mit dem
linken Arm in die Nammräder einer Maschine ge-
raten, daß der Arm bis zum ersten Drittel abge-
nommen werden mußte. Die durch diesen Unfall
herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit hatte die Papier-
bearbeitungs-Berufsgenossenschaft zunächst mit der
Rollrente entschädigt. Auf Grund eines Gutachtens
des Dr. Gutberlet in Annaberg erfolgte jedoch ab
1. Dezember 1912 die Verabreichung der Rente auf
80 Proz. Dagegen hatte der Verletzte Widerspruch
erhoben. Vom Versicherungsamt war dann ein Gut-
achten des Bezirksarztes Dr. Harms-Annaberg ein-
geholt worden. Dieser Arzt hatte auf Grund des
objektiven Ergebnisses der Nachuntersuchung eine
wesentliche Besserung im Zustande des verletzten
Armes — im Gegensatz zum Vorgutachter — nicht
feststellen können, aber auch er schätzte den Grad der
Erwerbsunfähigkeit auf 80 Proz. Im Berufungs-
verfahren vor dem Oberberufungsamt hatte der
Mäßer dann die Berufung zurückgenommen und sich
mit der 80prozentigen Rente zufrieden erklärt.

Doch die Berufsgenossenschaft ließ dem durch den
Unfall schwer und dauernd körperlich und wirtschaft-
lich geschädigten Mann keine Ruhe. Im Juli 1913
verfügte sie zum Zweck weiterer Rentenkrüzung seine
Einweisung in die medizomedanische Anstalt von
Dr. Killing in Aue. Dieser Arzt gab dann ein Gut-
achten ab, in dem er wiederum eine wesentliche
Besserung feststellte und die noch vorhandene Er-
werbsbeschränkung auf 60 Proz. schätzte. In dem
Gutachten wurde Sch. als Oxyterier bezeichnet und
weiter gesagt, daß die Erwerbsbeschränkung eigent-
lich nur 50 Proz. betragen würde, wenn nicht noch
eine Neuralgie im verletzten Arme vorhanden wäre;
diese könnte sich noch verlieren. Im übrigen aber
sei das Heilverfahren abgeschlossen. Die Berufsgenossenschaft setzte nun die Rente auf 60 Proz.
herab und lieferte dem Verletzten einen künstlichen
Arm. Sch. ist im Unfallbetriebe als Ausläufer bei
einem Wochenlohn von 6 Mk. beschäftigt. Darauf
nahm die Berufsgenossenschaft in der Begründung
der Rentenkrüzung Bezug und bemerkte, daß der Ver-
letzte sich an den künstlichen Arm gewöhnt habe und
ihn mit Nutzen gebrauchen könne. Sch. erhob
Widerspruch gegen die Minderung der Rente und
deren Begründung. Er machte geltend, daß keines-
wegs eine Besserung eingetreten sei; auch müße ihm
der künstliche Arm nichts, mirunter störe dieser sogar;
er habe nur dekorativen Wert. Er beanpruchte die
80prozentige Rente weiter, da er in gemissem Sinne
hilfslos sei und eine Hilfsperson sogar beim An-

Und als sie gar den bedauernden Blick, den ich auf
mein Nädel warf, sah, fuhr sie noch ärgerlicher
fort: „Aber begreife doch, meine Liebe, das Kind
gewöhnt sich ja das an!“

„Immer noch mühte ich mein Schwarzspindchen
anschaun — stand sie doch da wie mit Wasser be-
gossen. Deißes Bedauern im Blick über die zer-
störte Herrlichkeit: sie hatte doch so schön ge-
träumt...“

Abbittend, mit zwei großen Tränen in den
Augen stand sie da — sah mich an und bekannte
tapper: „Es — es ist wirklich — nicht wahr, Nutti
— aber es — war doch so schön!“ Traurig schlich
sie davon — und meine Freundin machte sich daran,
mir das Problem einer guten Erziehung zu
lösen... Als ich nach einer Weile hinüberjah nach
der Burg, sah ich mein Nädel wie eine Vandalin
hauten in der so mühsam aufgebauten Burg —
und sie ruhte nicht eher, bis diese wieder zum Sand-
hanten war — der sie vordem geweten — sehr
zum Schmerze ihres kleinen „Bräutigams“, der sie
vergeblich von ihrem für ihn so unbegreiflichen Tun
— abzuhalten suchte.

„Mammi“, fragte die Kleine Wisbegier ein
halbes Jahr später, als Weihnachten herannachte,
„hast Du das Christkind schon einmal gesehn — und
ist es wirklich wahr, daß alle Sachen, ich meine die
schönen zu Weihnachten, das Christkind bringt?“
„Ach, ich — ich möchte es gerne einmal sehen.“

„Ja — nun wenn Du immer recht artig bist
— vielleicht läßt es sich doch mal sehn“, sagte ich
beruhigungsvoll.

Nun war der Weihnachtstisch aufgebaut. Alles
andere war schon besorgt — und wir allein.

Wir beide, mein Mann und ich — wir wollten
den Jubel und den stürmischen Dank unserer Kleinen
— wie alljährlich — für uns allein haben...

und Ausfleiden, auch beim Tragen von Gepädstücken brauche. Die 6 Mk. Wochenlohn bezeichnete er als Gnadenlohn des Unternehmers. Die Berufsgenossenschaft hielt aber ihren Bescheid aufrecht.

Nun wandte sich der Verletzte mit der Berufung an das Oberversicherungsamt Chemnitz, dessen Vertragsarzt Dr. Mide in seinem Gutachten erklärte, daß seit dem Unfall 2 1/2 Jahre vergangen sind und während dieser Zeit eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Jetzt liege kein begründeter Anlaß zur Gewährung einer 80prozentigen Rente mehr vor. Er bezeichnete 70 Proz. der Vollrente als angemessene Entschädigung und bejahte die Frage des Vorliegenden, ob noch eine wesentliche Besserung zu erwarten sei. Auf Vorschlag des Vorliegenden erklärte sich Sch. bereit, seinen Anspruch auf die 80prozentige Rente fallen zu lassen und den Antrag zu stellen, die Berufsgenossenschaft — die im Termin nicht vertreten war — zu verurteilen, ihm ab 1. September 1913 eine 70prozentige Rente zu gewähren. Dem Antrage gab das Oberversicherungsamt durch Urteil statt.

Dieser Fall zeigt wieder recht deutlich, daß die Berufsgenossenschaften einen schönen Baßen Geld opfern, um nur die Unfallrenten quetschen zu können.

Ablösung von Neujahrswünschen.

Man schreibt uns: „Ein Brauch, der sich im Laufe der Zeit immer mehr eingebürgert hat, ist die Ablösung der Neujahrswünsche. Fast in allen Städten des Deutschen Reiches pflegt man sich der Verwendung von Neujahrskarten durch eine freiwillige Gabe zum Zwecke irgendeiner wohltätigen Stiftung zu entziehen. Die Schöpfer dieser Neuerung haben sicherlich nicht daran gedacht, daß der verhältnismäßig geringen Zahl Bedürftiger, die hierdurch unterstützt werden können, die große Zahl derer gegenübersteht, die dadurch beträchtlichen Schaden erleiden, wenn der Neujahrskartenverkauf mehr und mehr eingeschränkt wird. Diese Schädigung erstreckt sich zunächst auf die Papierfabriken, die den Karton für die Karten und das Papier für die Umschläge liefern. Ganz besonders aber werden die lithographischen Kunstanstalten und Steindruckereien, die Tausende von Arbeitern als Zeichner, Lithographen, Drucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter beschäftigen und die gerade in den letzten Jahren infolge der für sie ungünstigen Handelsbeziehungen zu dem Auslande mit großen Abblöschwierigkeiten zu kämpfen haben, in Mitleidenschaft gezogen. Verlässigt man noch die Betriebe, die die Ausstattungsstoffe für die Glückwunschkarten herstellen und bedenkt man, daß mit dem Vertriebe der genannten Erzeugnisse sich eine große Anzahl von Papierhändlern und Ladengeschäften befaßt, so wird man erkennen können, in welcher ungeheurer Weise nicht nur die Unternehmer, sondern vor allen Dingen auch die Arbeiter durch die Ablösung der Neujahrswünsche in Mitleidenschaft gezogen werden. Dieser wesentlichen Schädigung gegenüber kommen die Beiträge, die durch die Ablösung herausgeholt werden, durchaus nicht in Betracht.“

Dieser Anschauung kann man nur beitreten, zumal bei solchen Ablösungen unter dem Deckmantel einer gewissen Wohltätigkeit sehr oft eine recht unwürdige Sparsamkeit befundet wird.

Der preussische Bücherchat.

Die lat. Bibliothek in Berlin ist jetzt dabei, die Neuenarbeit der Katalogisierung ihrer eigenen Bücherbestände und der Bestände der 10 preussischen Universitätsbibliotheken zu Ende zu führen. Aus diesem Anlaß brachte das „Berliner Tageblatt“ eine Abhandlung, die einige interessante Mitteilungen über den Umfang der in diesen Instituten aufgestellten Literatur enthält. Wir erwähnen daraus: Der Entschluß, die Bücherbestände der königlichen Bibliothek in Berlin und der preussischen Universitätsbibliotheken in einem einheitlichen Katalog zu verzeichnen, wurde in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gefaßt. Aber erst im letzten Jahrzehnt ist die Katalogisierung in vollen Schwung gebracht worden. Die königliche Bibliothek schickte jeweils einige hundert alphabetisch geordnete Zettel bei den Universitätsbibliotheken herum. Diese zumeist durch Ausdruck eines Zeichens, welche Werke sie gleichfalls besitzen und reihen Zettel über die Werke ein, die sie besitzen, die aber in der königlichen Bibliothek fehlen. Es ergab sich, daß die königliche Bibliothek ungefähr zwei Drittel aller Bücher enthält, die den gesamten öffentlichen Bücherchat Preußens ausmachen. Waren also zweihundert Zettel ausgeschiedet worden, so kamen rund dreihundert zurück. Das ist bei dem Reichtum der Berliner Bestände sehr viel und beweist den hohen Wert der provincialen Universitätsbibliotheken. Die Zusammenfassung aller dieser Bestände in einen Kata-

log bietet eine Fülle von Literatur, bei der es nur wenig übertrieben sein dürfte, von Vollständigkeit zu sprechen.

Dem Ideal wäre man allerdings näher gekommen, wenn man sich nicht darauf beschränkt hätte, nur den Bücherchat Preußens, soweit er der allgemeinen wissenschaftlichen Arbeit dienbar gemacht ist, zu katalogisieren, sondern auch die nicht-preussischen Universitätsbibliotheken herangezogen hätte. In der Tat haben sich auch zahlreiche Stimmen für den deutschen Gesamtkatalog ausgesprochen. Woran dieser Plan gescheitert ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben. Gewiß waren die Schwierigkeiten groß. Es ist schon schwer gewesen, die preussischen Bibliotheken einheitlich zu katalogisieren. Dazu mußten erst einheitliche Instruktionen erlassen und durchgeführt werden. Es hätte sich also darum gehandelt, ob man außerhalb Preußens bereit war, die preussischen Instruktionen anzunehmen und sich die Mühe zu machen, die ihre Durchführung erforderte. Dann wünschte man die Katalogisierung so rasch wie möglich vorwärtszubringen. Je größer die Zahl der Bibliotheken aber war, bei welchen man die einzelnen Zettelendungen herumschicken hatte, desto größer war auch die Reisezeit der Sendungen und vielleicht befürchtete man, daß außerhalb Preußens die Reisezeit stärker als die Zahl der Bibliotheken wachsen würde. Oder man meinte, daß auch in diesem Falle das Bessere der Feind des Guten sein würde und dachte, ein Wert wie der preussische Gesamtkatalog sei — zumal bei den verfügbaren Bibliotheksträften — umfangreich genug, als daß man darüber hinausstreben sollte.

Zu erwägen ist auch, daß man in dem Augenblick, in dem man den Katalog in Druck zu legen beginnt, die Sicherheit haben muß, daß der Druck in raschem Zuge fortgesetzt werden kann. Das Beispiel, wie es zu machen ist, hat das British Museum gegeben; das Beispiel, wie es nicht zu machen ist, gibt die französische Bibliothèque nationale, deren Katalogdruck im Schneckentempo fortschreitet. Je kürzer die Druckzeit des Katalogs ist, desto wertvoller wird er. Will man daher einen musterhaft gedruckten Katalog haben, der würdig die Leistungsfähigkeit unserer Bibliothekare und den wahren Reichtum unserer kräftig wachsenden Bibliotheken repräsentiert, so wird man Geldmittel und Arbeitskräfte nicht kleinlich verzeiteln, sondern sozusagen auf einmal in der kürzesten Zeit einsetzen.

Der große preussische Katalog tritt als dritter im Bunde neben die Kataloge des British Museum und der Bibliothèque nationale. Man gibt, wenn man die Größen von Bibliotheken vergleicht, gewöhnlich die Bände an: zweieinhalb Millionen Bände für das British Museum, fünfviertel Millionen Bände (ohne die Musikalien) für die königliche Bibliothek in Berlin. Wieviel Bände der preussische Gesamtkatalog enthalten wird, läßt sich kaum absehen. Nach einer ungefähren Schätzung, wie sie gegenwärtig möglich ist, wird der große preussische Katalog zwei Millionen Titel enthalten. Damit dürfte der Reichtum des British Museum erreicht, möglicherweise sogar übertroffen sein. Und das Wachstum der preussischen Bibliotheken läßt erwarten, daß der preussische Katalog mit seinen späteren Supplementen in einer nicht fernen Zukunft der größte der Welt sein wird. Ein deutscher Gesamtkatalog wäre das wahrscheinlich schon heute. Die Kosten der Drucklegung dieses preussischen Kataloges werden auf eine Million Mark geschätzt.

Aus der Kartonnagenbranche.

Die auf der Leipziger Konferenz Otern 1912 geforderte Zentralstelle für Tarifangelegenheiten, die nun unter der Bezeichnung „Zentral-Kommission für die Kartonnagenbranche“ in Dresden besteht, scheint zu den Institutionen des Verbandes zu gehören, deren Aufgaben genügend bekannt sind und die daher auch nicht die ihnen notwendige Beachtung finden. Die Zentralstelle wurde gefordert, um die durch den Dresdner Tarifentwurf belebte Frage des Affordariis für Kartonnagen-Tischarbeit zu klären und um den Orten, in denen es möglich ist, einen Affordariis einzuführen, mit den nötigen Unterlagen für die Preisberechnung an die Hand zu geben. Am der Zentral-Kommission eine Verbindung mit anderen Orten zu erleichtern, sollten überall Branchen-Kommissionen gebildet werden. Die Delegierten, die gegen die Gründung der Zentralstelle auftraten, taten dies mit der Begründung, daß eine solche Kommission ihre Aufgaben nicht erfüllen könne, wie dies auch bei der Zentral-Kommission der Glais- und Kontobucharbeiter der Fall sei; sie müßten aberzugeben, daß es wohl gelingen könne, die Zentralstelle zu einer gedeihlichen Einrichtung zu machen, wenn diese die Unterstützung und Mitarbeit der beteiligten Kreise findet. Galten wir unschou nach dieser Mit-

hilfe, dann können wir wohl konstatieren, daß schon Anforderungen an die Zentral-Kommission gestellt wurden, die sie bei der kurzen Dauer ihres Bestehens noch gar nicht erfüllen kann, während sich zum andern selbst große Zahlstellen überhaupt nicht um das Bestehen der Zentral-Kommission bekümmern.

In Hamburg a. B. wo doch mit etlichen hundert Kartonnagern zu rechnen ist, besteht noch nicht einmal eine Branchenkommission. Für unsere Kollegen Buchbinder mögen sich solche auch erübrigen, denn diese sitzen schon in allen Störperschaften, und die Hamburger können sich auch des höchsten Minimallohnes rühmen. Ueber die Verhältnisse in der Kartonnagenbranche wird aber auch hier geklagt. In das nicht allein Grund genug, um eine Branchenkommission zu bilden? Die Hamburger Verwaltung soll sich nicht damit entschuldigen, daß die Kartonnager selbst eine solche Kommission noch nicht verlangt haben; sie sollte sich bemüht sein, daß die Kartonnager zu den rüftändigsten Arbeiterkategorien gehören, die ohne ein lothäftiges Eingreifen der übrigen Branchen kaum in der Lage sind, ihr Organisationsverhältnis sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen umzugestalten. Unter den Kartonnagern fehlt es eben an ideal veranlagten Personen, die sich ganz den Aufgaben der Branche widmen.

In der Zahlstelle Berlin befehen schon seit Jahren die Branchenkommissionen. Dort aber scheint die der Kartonnager auf dem „Mietepandpunkt“ zu stehen, daß nämlich niemand in die „eigenartigen Berliner Verhältnisse“ hineinreden kann und daß sie Anreigungen anderer Orte nicht gebrauchen können. Soweit die Mieter- resp. Postkartonbranche in Frage kommt, mag das berechtigt sein. In der Bezugbranche aber — diese umfaßt die Arbeiterschaft für alle Arten überzogener Kartonnagen — liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders als an anderen Orten. Gerade die Berliner — die auf der Konferenz fast die einzigen Gegner der Zentralstelle waren — hätten alle Ursache, diese nach Kräften zu unterstützen, damit nicht die Vermutung auf-tauchen kann, daß sie ihre Mitarbeit absichtlich ver-sagen. Wenige Städte sind in der Lage, die Zentral-Kommission mit Berechnungsmaterial so zu unter-stützen, wie gerade Berlin. Nach der erfolgreichen Tarifbewegung müßten die Berliner an die Aus-arbeitung von Werkhübenentwerfen geben, um die Affordpreise für Tischarbeit festzulegen. An Hand dieser festgelegten Preise und der betreffenden Kartonnagen, die von der Kollegenschaft einzeln ge-lauft werden können, kann die Zentral-Kommission wertvolle Berechnungen zum Ausban des Tarifent-wurfes vornehmen. Die Berliner Kommission hatte seinerzeit auch die Absicht, an Hand der Werkhüben-tarife einen einheitlichen Affordariis für Tischarbeit auszu-arbeiten. Die Berliner wissen auch, daß sie dabei grundlegende Arbeit leisten müssen, solange sie nicht den Dresdner Entwurf benutzen und sie müß-ten sich sagen, daß diese Aufgabe für die Allgemei-heit von Wichtigkeit ist, denn ein Affordariis für Kartonnagen-Tischarbeit soll ja für die Kartonnager das sein, was der Dreistädte-Tarif für die Buch-binder ist. Trotz alledem ist aber weder der Offent-lichkeit noch der Zentral-Kommission selbst etwas über den Stand der Berliner Arbeiter bekannt. Von der Kollegenschaft aus der Berliner Bezugbranche kann man wohl erwarten, daß sie eine bessere Verbindung mit der Zentral-Kommission sucht.

Die Kartonnagenbranche in Annaberg-Buchholz hat eine Berechnungskommission gebildet. An Hand der dort vorhandenen Preistabellen könnte diese zumindeste die auf Seite 7 des Dresdner Entwurfs festgelegten Preise den dortigen Verhält-nissen entsprechend umarbeiten und damit der Zentralkommission die Unterlagen für weitere Berechnungen zur Verfügung stellen.

Wie schon hieraus ersichtlich, soll die Zentral-Kommission in der Hauptache die Ausarbeitung eines Affordariis für Kartonnagentischarbeit bewirken. Durch diesen soll erreicht werden, daß die jeder Grundlage entbehrende Affordentlohnung ein-beitlich geregelt werden kann. Wenn der Tarif erst ausgearbeitet und an einem Orte eingeführt ist, dann muß die Zentral-Kommission als Tarifamt fungieren und über alle auftauchenden Streitfragen entscheiden sowie Verbesserungsvorschläge machen. Wer die Tischarbeiterverhältnisse einigermaßen kennt, weiß auch, wie notwendig eine Regelung im Affordsystem ist. Bisher und heute noch werden die Affordpreise — besonders bei Luxuskartonnagen — ganz willkürlich bestimmt. Viele Unternehmer regeln diese einfach nach den Verkaufspreisen der betreffen-den Kartonnagen. Wie oft können Tischarbeiter resp. Arbeiterinnen die Entbedung machen, daß für zwei ganz gleich gearbeitete Kartonnagen, die sich nur durch die Ausstattung (Ueberzugspapier, Bild usw.) unterscheiden, verschiedene Affordlöhne gezahlt werden. Die Unternehmer stellen sich bei einem Hinweis hierauf auf den Standpunkt, daß die Ver-

beiter sich damit abfinden müßten, denn sie hätten ja bei dem einen Karton auch nicht soviel Profit wie bei dem anderen. Der Tatsache, daß es sich bei den Arbeitern nicht um Profit, sondern um den Verkaufspreis ihrer Arbeitskraft handelt, verschließen sie sich. Wohl erklären sie, daß das Affordsystem das gerechteste Lohnsystem sei, es wird aber zu einer Weisheit, wenn die Affordpreise nicht nach einer einheitlichen Grundlage berechnet sind. Das Fehlen dieser Grundlage öffnet auch der Schmutzkonturrenz im Unternehmertum Tür und Tor, denn der eine kann dadurch bei diesem, der andere bei jenem Artikel schleudern. Diese Tatsache läßt annehmen, daß der vernünftige Teil unter den Kartonnagenfabrikanten der Einführung eines Affordtarifs nicht feindselig gegenübersteht und sie sich Höchstens nur aus Prinzip gegen einen solchen wehren würden.

Die Frage des Affordtarifs in der Kartonnagenbranche selbst ist noch neu, denn bis vor wenigen Jahren war man allgemein der Ansicht, daß es unmöglich ist, einen solchen auszuarbeiten, da die Kartonnagen zu verschiedenartig seien. Durch den Dresdner Entwurf ist aber dies Problem der Lösung nahegebracht, wenn es sich dabei auch nur um einen Entwurf handelt, an dessen endgültiger Gestalt noch manches fehlt. Die meisten Schwierigkeiten dabei macht das schon erwähnte Fehlen einer Grundlage. Berechnungen nach den jetzt festgelegten Preisen ergeben zum Teil Uebereinstimmung mit den jetzigen Löhnen, zum anderen Teil aber auch ein recht abweichendes Resultat. So wie die Verhältnisse nun einmal liegen, scheint es ausgeschlossen, daß die festzulegenden Preise in allen Fällen mit den jetzt gezahlten übereinstimmen werden oder können. Man darf daher auch nicht vor einer etwas gewaltsamen Neuordnung zurückschrecken. Bei manchen Positionen werden Preise festgelegt werden müssen, die scheinbar eine Verschlechterung bedeuten. Aber nur scheinbar, denn durch die alle Arbeiten betreffende Regelung gleicht sich dies wieder aus. Die Tischarbeiter resp. Arbeiterinnen sind an der Schaffung einer einheitlichen Grundlage so sehr interessiert und haben von einer solchen soviel Vorteile, daß sie auch eine Verschlechterung bei dieser oder jener Position ruhig in den Kauf nehmen können, um so mehr, da eine solche nur in der ersten Zeit fühlbar sein könnte. Wenn etwas für die Allgemeinheit erreicht werden soll, wie es durch den Affordtarif der Fall ist, dann muß der einzelne seine Interessen unterordnen.

Um den verschiedenen Kartonnagen und den diversen Größen entsprechende Preise festlegen zu können, ist eine Teilung nach Arten und Größen vorzunehmen. Die Größenteilung kann man in G. nun nicht etwa nach Kubikinhalt oder sonstigen festen Grenzen vornehmen, sondern man wird immer einen gewissen Spielraum lassen müssen. Die verschiedenen Kartonnagen sind ihrer Bestimmung und ihrem zukünftigen Inhalt entsprechend immer von ungefähr gleicher Größe. Im Dresdner Entwurf ist die Klassifizierung schon recht glücklich vorgenommen und es wird sich nur noch eine genauere Spezialisierung und Einteilung in die verschiedenen Kubiken nötig machen. Die beste und einfachste Größenteilung war bei Zigarettenkartonnagen vorzunehmen. Dieser Teil des Dresdner Entwurfs scheint der besten zu sein und es würde sich wohl empfehlen, den Tarif für Zigarettenkartonnagen als ersten vollständig auszuarbeiten und wenn irgend möglich, an einem Orte zur Einführung zu bringen, ebtl. zum Versuch auch nur als Werkstatutarif. Wenn sich erst an einer Stelle die Durchführbarkeit des Affordtarifs beweis, dann wird er sich auch weiter verbreiten und auch die Einführung der anderen Tarifabschnitte erleichtern.

Um bei Luxuskartonnagen usw. endgültige Preise festlegen zu können, nimmt die Zentralkommission Berechnungen an der Hand der verschiedenen Kartonnagen vor. Diese Arbeit würde sich ergänzen und vielleicht auch ersetzen lassen, wenn die Zentralkommission einen Fragebogen an die Tischarbeiter ausgeben würde. Auf diesem müßten die sämtlichen Positionen von Seite 7 des Entwurfs mit den nötigen Erklärungen vorgegedruckt sein. Angaben müßten gemacht werden über die genaue Größe, den zukünftigen Inhalt, den jetzt gezahlten Lohn, die Gesamtarbeitszeit und zu den vorgegedruckten Positionen je die Zeit, die die Einzelarbeiten in Anspruch nehmen. Aus letzterem ist dann die Ausführung der Kartonnage ersichtlich. Zu beachten wäre, daß die Zeit angegeben wird, die eine Person braucht, wenn sie die Arbeit allein ausführt. Im Schiffe zu ziehen, ob die Arbeit von einer Flotte oder weniger flotten Person ausgeführt ist, würde es sich auch empfehlen, die Frage nach dem Durchschnittsverdienst zu stellen. Die Zentralkommission könnte diese Fragebogen selbstverständlich nur am Orte ausgeben. Auf diesem Wege dürfte man auch zu einem Resultat gegenüber Maschinenarbeiten und Maschinenkartonnagen kommen. In G. müssen die Maschinenarbeiter überhaupt eine noch größere Berücksichtigung im Entwurfe finden.

Eine noch ausführlichere Behandlung dieser Fragen im einzelnen muß der Zentralkommission überlassen bleiben. Diese Zeilen haben nur den Zweck, auf die Zentralkommission und deren Aufgaben hinzuweisen, um so eine regere Teilnahme der in Frage kommenden Kreise zu veranlassen.

W. G. J. B. Vergeborf.

Internationales.

Oesterreich. Bei dem Lohnkampf der österreichischen Buchdrucker sind auch unsere Kollegen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Während aber jene wissen, was des Kampfes Preis ist, müssen diese alle Nachteile auf sich nehmen, ohne eigentlich recht zu wissen, wie sie dazu kommen. In Wien sind jetzt schon einige Hundert unserer Kollegen und Kolleginnen als Opfer des Streiks arbeitslos, zu denen noch eine große Zahl in den Provinzen kommen werden und noch weitere, die durch die Ausdehnung des Konfliktes zu ihnen stoßen. Selbstverständlich: Wenn die Druckerei stillgelegt sind, dann haben auch die Druckereibuchbinder nichts zu tun, — trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Unternehmer. Trotzdem werden unsere Kollegen und Kolleginnen am Kampfe der Buchdrucker teilnehmen, soweit sie durch die Umstände dazu gedrängt werden, denn es wird schon richtig sein, was die „Einigkeit“ unserer österreichischen Kollegenschaft sagt: „Heute versuchen es die Unternehmer mit den Buchdruckern, im Herbst kommen die Buchbinder daran!“ Zum Oktober geht nämlich der Tarif unserer Wiener Kollegenschaft zu Ende. Ein voller Erfolg der Buchdrucker jetzt bedeutet gleichsam auch einen vollen Erfolg für unsere Wiener Kollegenschaft im Herbst! Unser österreichischer Bruderverband wird es deshalb auch zu verwinden wissen, wenn bei einer längeren Dauer des Kampfes, an der nach der gegenwärtigen Sachlage nicht zu zweifeln ist, unheilvolle Wirkungen auch auf die selbständigen Buchbindereien ausgeübt werden. Die Zahl der Werkstätten, deren ungestörtes Fortarbeiten von der Fertigstellung der Druckarbeiten abhängt, ist keine geringe und heute schon ist mit der Tatsache zu rechnen, daß in wenigen Wochen der Zugang von Arbeitslosen aus den selbständigen Buchbindereien ein abnorm großer sein wird, lediglich nur deshalb, weil es infolge des Buchdruckerkampfes an Material fehlen wird, welches gebrauchsartig herzustellen die Arbeit unserer Kollegen ist. So also werden durch diesen großen Kampf nicht nur in Mitleidenschaft gezogen unsere in den Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, sondern auch jene, die in den selbständigen Buchbindereien mit der Verarbeitung der Buchdruckerzeugnisse beschäftigt sind.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

Deutschland:

Aachen.
Berlin (Tuisarbeiter).
Breslau (W. Krugler u. Co.).
Hagen i. W. (Schlegel und v. d. Heyden).
Lahr (Kartonnagen- und Tuisarbeiter und Prehrvogelberg).
Straßburg.
Tilsit.

Frankreich:

Paris; Lille; Nancy; Nonbaix.

Großbritannien (Abwehrkreiszur Verhinderung der Ausdehnung der Frauen- und Mädchenarbeit).

Ungarn:

Budapest (die Firmen Ausländer, Kupper und Länger); Arab (die Firmen Sárosh, und Schäfer); Temesvár (die Firmen Gungler, Hampel und Gedicz); Ungvár (Ar. Vasovicz).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland:

Vielefeld.
Chemnitz (Barenhaus S. u. C. Tietz).
Gau 6/7. (Erkundigung beim Bezirksleiter Küster in Hamburg.)

Gelsenkirchen.

Riel.

Limbach i. S.

Offenbach a. W. (Kartonnagenarbeiter).

Kroatien-Slawonien:

Agram.

Schweiz:

Karau und Umgegend; Laujanne;

Chur-Davos; Luzern.

Chemnitz. Von dem Barenhaus S. u. C. Tietz ist unser dort beschäftigten Kollegen am 27. Dezember gefündigt worden, weil sie sich geweigert haben, einer plötzlichen Arbeitszeitverlängerung von 9½ Stunden pro Woche ohne weiteres zuzustimmen. Verhandlungen, um die Maßnahmen rückgängig zu machen, sind bisher erfolglos gewesen. Wir eruchen unsere Kollegenschaft dringend, unter diesen Verhältnissen Stellenangebote der Firma Tietz nicht zu beachten.

Die Ursachen der Maßregelung unserer in der Buchbinderabteilung der Firma beschäftigten Kollegen verdienen das Interesse weiterer Kreise. Bisher arbeiteten unsere Kollegen vormittags von 8 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 7 Uhr, Sonnabends von 1 bis 5 Uhr, also genau wie die Buchdrucker 53 Stunden pro Woche, wie das auch in den Buchdruckereien am Orte zum allergrößten Teile üblich ist, in denen Buchbinder beschäftigt werden. Am Vormittag des 27. Dezember gab der Personalchef der Firma unseren Kollegen kund, daß die Arbeitszeit für sie von jetzt ab von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr abends sei. Das sind 62½ Stunden, gleich 9½ Stunden mehr als bisher pro Woche. Unsere Kollegen gingen auf die verlängerte Arbeitszeit nicht ein, sondern hielten die alte Arbeitszeit inne. Da erschien am selben Tage um 5 Uhr nachmittags der Personalchef Herr Stober wieder und fragte unsere Kollegen: „Sie wollen sich also unseren Anordnungen nicht fügen, Sie wollen Protest dagegen erheben?“ Unsere Kollegen erklärten, auf die verlängerte Arbeitszeit nicht eingehen zu können, worauf Herr Stober ohne weiteres die Mündigungen aussprach. Verhandlungen mit Herrn Stober und unserem Gewerkschaftsleiter am 29. Dezember verliefen ohne jedes nennenswerte Zugeländnis. Herr Stober fühlt sich ungemein verletzt in seiner persönlichen Ehre und Autorität, weil unsere Kollegen nicht ohne jedes Murren die unerhörte Verschlechterung ihrer Arbeitszeit hingenommen haben. Es kamen dann noch Verhandlungen am 30. Dezember zustande zwischen unseren Kollegen und Herrn Stober, zu denen auch der Buchdruckereifaktor Kupper zugezogen wurde, dem bisher auch unsere Kollegen untergeordnet waren. Die Friedensvorschlüge des Herrn Kupper waren recht eigentümlich. Zunächst sollten unsere Kollegen die Organisation aus dem Spiele lassen. Wesentlich sei auch, daß für Buchbinder gar kein Tarif bestünde. Es dürfte aber Herrn Kupper nicht unbekannt sein, daß in Buchdruckereien die Buchbinder gemeist die 53stündige Arbeitszeit mit haben. Die Arbeitszeitverlängerung sei gar nicht so schlimm, meinte Herr Kupper. Dabei brachte er es fertig, eine bisher noch nicht vorhandene Frühstückspause mit in Abzug zu bringen, eventuell sei man auch geneigt, Sonnabends nur bis 8 statt bis 9 Uhr arbeiten zu lassen. Nach den bisherigen Berechnungen wäre das immer noch eine Verschlechterung von 6 Stunden pro Woche. Betreffs des Lohnes stellte Herr Kupper das Anfinnen, unsere Kollegen sollten ihren jetzigen Lohn um 2 bis 4 Mk. niedriger denken, so daß 24 Mk. verblieben und das sei doch ein schöner Lohn; die 2 bis 4 Mk., die sie aber mehr erhielten, sollten sie für die verlängerte Arbeitszeit rechnen. Eine nette Rechnung, ohne Unkosten. Unter diesen Umständen verzichteten unsere Kollegen auf weiteres Verhandeln. Nach all dem Vorgefallenen ist es klar, daß Herr Kupper wohl mit Hauptschuldiger ist, daß unseren Kollegen diese unerhörte Arbeitszeitverlängerung zugemutet wurde. Zu bedenken ist aber noch, daß Herr Kupper selbst gegen 20 Jahre organisiert gewesen ist.

Nachdem eine friedliche Regelung der ganzen Angelegenheit sich wohl kaum noch annehmen läßt, eruchen wir um strengste Solidarität. Kollegen, weist Stellenangebote der Firma S. u. C. Tietz, Barenhaus, Chemnitz, unter dieser rücktrittlichen Arbeitszeit zurück!

Seit einigen Tagen prangt ein Nachtrag zur Arbeitsordnung für das gewerbliche Personal in der Kantine der Firma, wonach ab 18. Januar die Arbeitszeit von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr festgelegt wird, so daß nicht nur 9½ Stunden, sondern 13 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche für unsere Kollegen in Frage kämen. Da auch noch eine ganze Reihe anderer Gewerbe mit in Frage kommen, wird wohl noch ein ganz ernstes Wort mit der Firma zu reden sein. Die ganze Sache ist wieder einmal ein gutes Beispiel

dafür, welchen Wert Tarifverträge haben, hinter denen auch starke Organisationen stehen. Denn den bei der Firma beschäftigten Buchdruckern kann diese Arbeitszeiterhöhung nicht aufgezwungen werden. Da wird sich die Firma Tieg die Finger nicht verbrennen, da sie den Buchdrucker tarif anerkannt hat. Es wird aber schließlich zu erwägen sein, ob nicht die Chemnitzer Arbeiterschaft, soweit dieselben Konsumenten der Firma Tieg sind, diesem „Nachtrag“ zur Arbeitsordnung ein recht kurzes Dasein verschaffen. Jedes Warenhaus rechnet ja wohl auf Arbeiterkundschaft.

Nachschrift: Als am 5. Januar unsere beiden Kollegen zur Arbeit kamen, wurden sie gefragt, „was sie noch wollten, sie hätten doch gar nichts mehr da zu suchen“. Die Firma glaubte, daß unsere Kollegen nur acht Tage Kündigung hätten. Sie hat sich jedenfalls aus den Verträgen überzeugt, daß unsere Kollegen Anrecht auf vierzehntägige Kündigung hatten. Unter Zahlung des Lohnes bis 9. Januar wurden hierauf die Kollegen entlassen. Ein unseren Domburger Kollegen jedenfalls nicht unbekannter, namens Kurt Lorenz (M. B.), glaubt Hausverdienste leisten zu müssen. Am 2. Januar stellte er sich ein, am 3. Januar war er krank und am 5. Januar nahm er seine ehrenvolle Tätigkeit auf.

Rudolstadt. Es dürfte bekannt sein, daß in Rudolstadt die Weltfirma F. Ad. Richter u. Cie. seit langen Jahren besteht. Diese produziert in der Hauptsache Steinbalken, Einreib- und Einnehmmittel (Erpeller usw.), Sprechapparate, Schallplatten, Musikautomaten, Schokolade und Kaffee. Die Firma beschäftigt durchschnittlich 600 Arbeiter und Beamte. Auch unser graphisches Gewerbe war vertreten durch eine gut eingerichtete Buch- und Steinruderei, Stereotypie und Buchbinderei mit Kartonnagenbetrieb.

Für die kleine Haupt- und Residenzstadt eines unter dem Druck des Thüringer Kleinrentenjämers schmachtenden Duodezstaates war es bisher eine ganz annehmbare Industrie. Wurden auch Löhne gezahlt, die zum Teil nicht im entferntesten dazu angetan waren, mit den heutigen Lebensmittelpreisen gleichen Schritt zu halten, so war es doch für den Arbeitgeber Richter ein Leichtes, die Löhne auf einem Minimum zu halten, weil zunächst einmal fast keine Konkurrenz vorhanden war und dann kamen auch für die Firma organisierte Arbeiter fast nicht in Frage. War es doch für manchen Rudolstädter Arbeiter eine ganz besondere „Ehre“, für die Weltfirma Richter Werte zu schaffen. Als natürliche Folge dieses Indifferentismus machte sich in diesem Betriebe ein ausgeprägtes Demagogentum breit.

Im Jahre 1910 verstarb der Gründer der Firma, der Geheimkommerzienrat Dr. Adolf Richter, und die Firma ging in den alleinigen Besitz des ältesten Sohnes, Herrn Adolf Richter, über. Unter seiner Leitung fiel zunächst die Steinruderei. Es folgte dann die Musik- und Schallplattenabteilung. Die Schokoladenabteilung wurde von der Firma Lobed-Dresden übernommen. Kurz vor Weihnachten 1913 wurden dann infolge des Stilllegens der genannten Betriebszweige auch die anderen Abteilungen in Mitleidenschaft gezogen. So wurde die Tischlerei fast vollständig aufgelöst, ebenso erfolgten umfangreiche Entlassungen im graphischen Gewerbe. Die Buchdruckerlei wurde an eine Berliner Firma verkauft und von dieser auf das Minimum beschränkt. In der Steinbalkenfabrik wurden fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen bzw. „beurlaubt“ bis 15. Januar 1914“. Der Buchbinderabteilung dürfte voraussichtlich nur ein ganz kleiner Bruchteil wieder eingestellt werden. Für unsere Zahlstelle kommen 4 Kollegen und 16 Kolleginnen in Frage, welche momentan arbeitslos sind, ohne diejenigen, welche schon Anfang Dezember vorigen Jahres entlassen wurden. Aber ist es von der Firma nicht geradezu skandalös gehandelt, wenn sie das Personal, das zum großen Teil ein ganzes Lebensalter für das Geschäft seine ganzen Kräfte geopfert hat, derartig am Karrenrad herumführt, indem man sagt: „Ihr kommt alle wieder herein, die ihr beurlaubt seid, wartet nur bis zum 15. Januar!“ — Man soll uns ja nicht etwa glauben machen, daß die Geschäftsleitung im Dezember nicht gewußt hat, was im Januar in ihrem Betriebe vor sich geht! Weshalb also diese Spiegelfechterei? Für die organisierte Arbeiterschaft wird es nicht schwer sein, diesen Schlag zu überwinden, haben doch die Betroffenen zum Teil schon wieder mit Hilfe ihrer Organisation anderweitig gute Arbeitsgelegenheit gefunden. Von den Indifferenten aber sollte man meinen, daß sie sich nun endlich einmal aufraffen, mit ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern Schulter an Schulter zu kämpfen gegen solche Willkürherrschaft!

Wemerk sei noch, daß sich auch das Gewerbegericht Rudolstadt mit der Firma Richter beschäftigten mußte. Der Kartonnagenarbeiter W. klagte gegen die Firma F. Ad. Richter u. Cie. wegen 8 Wk.

Vohnforderung. Kläger war zirka 21 Jahre bei der Firma beschäftigt, teils im Stunden-, teils im Akkordlohn, im letzteren vorwiegend nach genauer Lohnberechnung. Kläger wurde, wie so viele andere, entlassen. Für die Kündigungswoche wurde ihm ein Wochenlohn — nach der Höhe des Stundenlohns berechnet — als Entschädigung im voraus ausbezahlt. Der Durchschnittslohn des Klägers stellte sich aber infolge der Akkordarbeit um 8 Wk. höher pro Woche, wodurch Kläger also eine Lohneinbuße von 8 Wk. hatte. Das Gewerbegericht stellte sich auf den durchaus richtigen Standpunkt, daß hier der durchschnittliche Wochenverdienst für die Kündigungsentschädigung maßgebend sei, folglich wurde die Firma verurteilt, dem Kläger die 8 Wk. nachzuzahlen.

Recht so! Nur wäre es angebracht, wenn noch mehr Entlassene diesen Weg gängen würden. Wir sind der Meinung, daß in diesem Falle noch ein zweites Gewerbegericht wegen Arbeitsüberhäufung des einen eingerichtet werden müßte, aber — wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter!

Rundschau.

Ein christlicher Arbeiterführer für ein indirektes Zuchtstrafhaus. Wie die Gewerkschaftskreisen sich den sogenannten „Schutz der Arbeitswilligen“ in Wirklichkeit denken, das kam in den Verhandlungen des bayerischen Landtags am 11. Dezember 1913 recht deutlich zum Ausdruck. Dort sprach beim Titel „Gewerbeaufsicht“ der christliche Arbeiterführer Oswald. Der Herr führte u. a. hierbei wörtlich aus:

„Wir sind... der Meinung, daß den Bestrebungen des immer wieder hervortretenden Terrorismus, der Ausschaltung der Arbeitswilligen, auch solcher, die organisiert sind, mit einer größeren Entschiedenheit entgegenzutreten werden muß als bisher. Wenn die Urteile in Bayern, soweit solche Fälle gerichtlich zur Aburteilung gelangt sind, in dem Maße ausfallen würden, wie man in Norddeutschland dazu übergegangen ist, dann würde man sich auf manchen Seiten überlegen, ob man diesen Terrorismus fortzusetzen noch gewillt ist. Ich bin der Meinung, daß es kein wirksameres Mittel geben könnte, als wenn unsere Kaufleute, an die man mit solchem Terrorismus herantritt, und unsere Arbeitgeber, an die solche Anforderungen gestellt werden, Veranlassung nehmen würden, den Staatsanwalt davon in Kenntnis zu setzen unter Benennung der Personen, und wenn dieser dann mit Entschiedenheit eingreifen würde, man etwas zurückhaltender werden würde... Darum möchte ich an die Staatsregierung die Bitte richten, soweit sie ihrerseits einen Einfluß geltend machen kann, dafür einzutreten, daß uns mit dem Arbeitswilligen-Gesetz vom Jahre 1908, das andererseits die gesetzlichen Bestimmungen in allen zulässigen Formen denen gegenüber angewandt werden, die versuchen, diesen Terrorismus und diese Gewalt anderen gegenüber anzuwenden.“

Dieser Führer der christlichen Gewerkschaften fordert also drittel, um das Koalitionsrecht wenigstens der freien Gewerkschaften niederzulegen. Eritens wünscht er auch in Bayern Gerichtsurteile von norddeutscher Schärfe. Zweitens fordert er die Unternehmer auf, bei jeder Gelegenheit ihre Arbeiter dem Staatsanwalt zu denunzieren, sofern diese von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, der ihnen wie der Terrorismus vorkommt. Drittens fordert der Mann von seiner Parteiregierung, daß sie Anweisung — offenbar an die Staatsanwälte — gibt, unbarmerzig bei jedem Anlaß einzuschreiten.

Wie in Norddeutschland Arbeiter wegen Streikvergehen verurteilt werden, zeigte sich beim Vergewaltigerstreik im Ruhrbezirk, zuletzt noch anlässlich des Knöchigen Streiks der Bauarbeiter in Stolp in Pommern, wo im ganzen 45 Streikende in 82 Fällen angeklagt wurden. In 61 Fällen in Stolp sind über die Beteiligten 2 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre und 11 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und 336 Wk. Geldstrafe verhängt worden!

Infolge eines Streikverfalls in Sonneberg, der nicht einmal zu besonders schweren Tätlichkeiten führte, wurden neun Angeklagte vom Schwurgericht in Weiningen zu insgesamt sieben Jahren und elf Monaten Gefängnis verurteilt! Und wer erinnert sich nicht der Verurteilung des Gewerkschaftsbeamten Kröner in Erfurt, der wegen des Wortes Streikbrecher fünf Monate Gefängnis zuditiert erhielt. Ueber dieses Urteil schrieb selbst die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ am 15. November:

„Es ist nicht immer leicht, richtiges Recht zu sprechen. Die einander feindlichen Ideen und Interessen drängen sich an den Richter heran und suchen ihn in gewisser Richtung zu beeinflussen, um selbst durch seinen Spruch zu liegen. Wir kennen das, und es mag dem Richter nicht immer leicht sein, den Kopf kühl und das Auge klar zu behalten. Es mag nicht leicht sein, aber es ist seine Pflicht, seine heilige Pflicht. Er hat Abstand von den Dingen zu gewinnen, die er beurteilen soll. Er

hat sich stets zu vergegenwärtigen, daß er der Berechtigten und dem Staate, daß er seinem Volke dient. Gewiß, er hat Recht zu sprechen, d. h. dem gebührenden Recht gemäß zu urteilen. So will es der Staat, das Volk selbst. Muß er in Erfüllung dieser Pflicht ein so strenges Urteil fällen, so trifft die Schuld nicht ihn, sondern das Gesetz. Aber das Gesetz vertraut ihm viel und läßt ihm weiten Spielraum. Und innerhalb dieses Spielraumes hat der Richter gerecht zu sein. Vermag er das nicht, urteilt er innerhalb des gesetzlichen Spielraumes unverständlich, dann tangt er nicht zum Richter, mag er auch sämtliche Examina mit der Note 1 bestanden haben und mögen seine Urteile aus Gründen des geschriebenen Rechtes noch so unanfechtbar sein. Denn letzten Endes kommt es nicht darauf an, wie das Urteil rechtlich begründet ist, sondern darauf, ob es dem gesunden Rechtsgefühl, dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes entspricht. Und das eben ist bei dem oben mitgeteilten Urteil nach unserem Empfinden nicht der Fall.

Mag auch der Beurteilte bereits wegen Streikdelikte imal vorbestraft, mag er ein verkommener Mensch sein, mag es auch in gewissem Sinne richtig sein, daß bestimmte Delikte zur Streikzeit strenger als sonst geahndet werden — die Höhe der Strafe bleibt uns trotz alledem unverständlich.

Die Erfurter Richter, die für die erkannte Strafe gestimmt haben, sind keine Richter, wie wir sie uns vorstellen. Sie scheinen nicht den nötigen Abstand von den Dingen zu haben, scheinen kein Verständnis dafür zu haben, was es für einen Mann bedeutet, wegen des Wortes „Streikbrecher“ — wir billigen es gewiß nicht — fünf Monate im Kerker sitzen zu müssen, scheinen kein Verständnis dafür zu haben, wie peinlich sie das gesunde Rechtsempfinden des Volkes verletzt haben, und scheinen sich deshalb auch nicht einen Augenblick überlegt zu haben, wie wenig sie dem Staate mit einem solchen Spruche gebient haben. Wir bedauern es, daß das Urteil möglich war.“

So schreibt das Blatt — das sonst ständig gegen die freien Gewerkschaften hegt — gegen die nordischen Urteile. Und solche Urteile werden von dem Zentrumsabgeordneten Oswald im bayerischen Landtag für den Süden Deutschlands herbeigeholt! Streikende Arbeiter sollen wegen geringer Streikvergehen auf Monate ins Gefängnis und Zuchtstrafe! Das verlangen christliche Arbeiterführer auf Grund der heute bestehenden Gesetze. Keine neuen Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen sollen gemacht werden, nein, die schon bestehenden sollen zu indirekten Zuchtstrafen ausgebaut werden. Das genügt den christlichen Führern. Herr Oswald weiß aber so gut wie wir, daß auch viele christlich organisierte Streikende wegen Streikvergehen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Macht nichts, die Unternehmer und Hingegabisten müssen vor den Streikenden geschützt werden. Im jeden Preis! Es mag sein, daß diesem oder jenem christlichen Arbeiterführer der Wunsch Oswalds zu weit gehen wird, aber wer die Haltung der christlichen Gewerkschaften in der Frage des Arbeitswilligen-Schutzes gut beobachtet, wird finden, daß die Taktik dieser Organisation und die des Zentrums auf eine Verdärkung der bestehenden Gesetze gegen Streikende hinausläuft. Wie soll man mit solchem Verhalten die Beschlüsse christlicher Kongresse vereinbaren?

A. C. Darf der Arbeiter Schulden machen? Es ist eine bekannte Tatsache, daß die gesamte kapitalistische Volks- und Volkswirtschaft zu einem erheblichen Teil auf einem weitverzweigten Kredit-system aufgebaut ist. Fast jeder Unternehmer arbeitet ganz oder teilweise mit fremdem Gelde. In Zeiten finanzieller Krise zeigt sich gewöhnlich, ob das Kreditssystem gesund oder morsch war, und die Statistik der Konfurze und Zahlungseinstellungen liefert die ziffernmäßigen Belege über die Ausmerzung der „faulen“ Kreditnehmer. Der Geschäftsmann ist auf die Inanspruchnahme des Kredits vielfach direkt angewiesen, weil er selbst nicht über ausreichende Betriebskapitalien verfügt. Er „arbeitet“ mit dem fremden Gelde. Anders der Privatmann, der oft genug Kredit in Anspruch nimmt, während er bei weiser Beschränkung seines luxuriösen Aufwands schuldenfrei bleiben könnte. „Schulden wie ein Major“, hat nach dem Volksmunde jeder, der zu tief in die Kreide geraten ist. Es ist nicht zu leugnen, daß das sparame Wirtschaften in den sogenannten besseren Kreisen immer mehr nachläßt und daß die Verschuldung gerade hier bedenkliche Fortschritte macht. Man kann nur in seltenen Fällen von einer unerschütterten Notlage und von einer berechtigten Inanspruchnahme des Kredits sprechen. Die Geschäftsleute, die auf „feinere Kundschaft“ rechnen müssen, wissen hierüber ein Lied zu singen.

In den breiten Volksschichten ist im allgemeinen das Vorurteil nicht so stark verbreitet, weil

sich hier die Geschäftsleute eine gewisse Reserve aufzulegen und das Schuldkonto des einzelnen nicht hoch anwachsen lassen. Auch die Ausbreitung der Konsumvereine und Warenhäuser hat hier eine erzieherische Arbeit ganz nebenbei geleistet. Aber es sind noch genug Schäden sichtbar, auf die man vor allem die Arbeiterfrauen hinweisen sollte, um einer weiteren Anhebung der Konsumen-ten durch skrupellose Geschäftsleute vorzubeugen. In Zeiten schlechter Arbeitsmarkt-lage ist gar mancher Arbeiter, der eine kinderreiche Familie zu ernähren hat, darauf angewiesen, Kredit in Anspruch zu nehmen. Dies wird vielfach benutzt, um ihn in völlige Abhängigkeit von Krämer, Budiker usw. zu bringen. Ist ein solches wirtschaftliches Verhältnis einmal begründet, so ist es für den Arbeiter sehr schwer, mitunter fast unmöglich, sich davon freizumachen.

Es ist deshalb sehr wesentlich, weiteste Kreise immer darauf hinzuweisen, daß derjenige, der auf Kredit kauft, schlechter bedient wird und höhere Preise zahlen muß, als jener, der bar zahlt. Es ist ferner bekannt, daß vielfach dem Arbeiter mit Pfändung, Anzeige usw. gedroht wird, wenn er in den Geschäften nicht mehr kaufen will, wo er Schulden hat. Hieraus ergibt sich die eigentlich selbstverständliche Lehre, nur in Notfällen Kredit in Anspruch zu nehmen. Viele Konsumgenossenschaften haben die große Gefahr, die ihren Mitgliedern aus vorübergehender Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. in wirtschaftlicher Beziehung erwachsen kann, längst erkannt und liefern ihnen in solchem Falle Ware auf Kredit bis zur Höhe des eingezahlten Geschäftsanteils zu anständigen Bedingungen, um einer gefährlichen Verschuldung vorzubeugen. Die gegenwärtige abnorm große Arbeitslosigkeit bildet naturgemäß für die ohnehin schon recht problematische wirtschaftliche Selbständigkeit und Freiheit des Arbeiters eine besonders ernste Gefahr.

Briefkasten.

M. B. in G. Habe von der Sache B. nichts wieder gehört.

Weihnachtsammlung für Jahr i. B.

Für die Streitenden in Jahr sind uns weiter als gesammelt bis zum 5. Januar 1914 gemeldet: Von Gau 1 30 Mk., Stottbus 7,25 Mk., Stettin 1,95 Mk., Posen 25 Mk., Wittenberg 7,50 Mk., Kiel 7,20 Mk., Rottod 7,40 Mk., Rüttingen-Wilhelmsboden 5 Mk., Bielefeld 180 Mk., Detmold 5 Mk., Südesheim 10 Mk., Gera 9,50 Mk., Gotha 10 Mk., Halle 9,35 Mk., Rudolstadt 9,60 Mk., Weimar 15 Mk., Weißenfels 7,80 Mk., Zeitz 5,50 Mk., Naumb. 40,15 Mk., Bonn 16 Mk., Dortmund 50 Mk., Düsseldorf 170 Mk., Darmstadt 15 Mk., Frankfurt-Offenbach 35 Mk., Gießen-Beclar 25,25 Mk., Altenburg 25 Mk., Chemnitz 86 Mk., Grimma 10 Mk., Hartmannsdorf 15,55 Mk., Leipzig 114,40 Mk., Zittau-Scheide 7 Mk., Gau 13 25 Mk., Heilbronn 30,30 Mk., Strahburg 28 Mk., Würzburg 25 Mk. und von Kaufleuten 7,40 Mk. Gewerkschafts-fartell Konstanz 87 Mk., Buchbinder-Männerchor Leipzig 21,17 Mk. Summa 1086,27 Mk. — Gesamt-summe 6881,52 Mk. E. Haujeien.

Adressenänderungen.

Unterstützungs-Anszahler.

Gießen-Beclar: L. Baum, Gießen, Beclarer Weg 67 pt.

Köln: Az. 9 Sid. Ml. 30 Mk.

Schleis: H. Schauerhammer, Gartenasse 20.

Saarbrücken: E. Gerber, Saarbrücken 3, Johannisstr. 20 pt.

Literarisches.

Gemeinde und Alkohol. Von Ernst Mehlisch. Aufgaben der Gemeindepolitik im Kampfe gegen den Alkoholismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Preis 1 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf.

Daß die Gemeinden viel zur Bekämpfung der Alkoholfrage beitragen können, ist eine längst erwiesene Tatsache. Und welche öffentlich-rechtliche Körperschaft wäre eher dazu berufen, als gerade die

Gemeinden, die durch den Alkoholismus nicht nur finanziell belastet werden, sondern auch hohe ideale Güter einbüßen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß in die von Paul Kirch herausgegebene Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen eine Schrift über dies Thema aufgenommen ist, worin der Verfasser Ernst Mehlisch anschaulich die Wege schildert, die sich den Gemeinden im Kampfe gegen den Alkohol bieten.

Die Welt in Waffen. 60 Hefte à 20 Pf. Jedes Heft ist reich mit Bildern ausgestattet, wodurch der beschreibende Text wesentlich lebhafter gestaltet wird. Jede Woche erscheint ein Heft. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Inhaltsverzeichnis:

Bekanntmachung des Verbandes, betreffend: Anstellung eines Beamten für Hamburg-Altona — Verschmelzung der Zahlstelle Herford mit Bielefeld — Abrechnungen — Mitgliedsbücher und -karten zum Umschreiben — Agitationswoche — Lokalbeiträge für Köln, Düsseldorf, Mainz und Einzelmitglieder im Gau 3 — Verlorene Mitgliedsbücher und -karten

Mitglied und Ausst. I.

Die Arbeitergroßen II. (Schluß)

Zum Streit in Jahr

Feuilleton: Dorfkind II. (Schluß) — „Lügen“

Aus unserem Beruf: Das Buchgewerbe im Jahre 1913 — Vom „Segen“ der Unfallrente — Ab-tötung von Neujahrswünschen — Der preussische Bücherfisch

Aus der Kartonnagenbranche

Internationales: Oesterreich

Korrespondenzen: Sperrnotizen — Chemnitz — Rudolstadt

Mundschau: Ein christlicher Arbeiterführer für ein indirektes Zuchthausgesetz — Darf der Arbeiter Schulden machen

Verschiedenes: Weihnachtsammlung für Jahr — Adressenänderungen — Briefkasten — Literarisches — Inhaltsverzeichnis — Anzeigen

ANZEIGEN

Arbeitslosen-Zuschusskasse f. Buchbinder u. verwandl. Berufe in Berlin.

Unsern Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß am 30. Dezember nach langem Leiden der Buchbinder

Adolf Alte

im Alter von 44 Jahren verstorben ist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand.

Antieb verspätet.

Unsern lieben Kollegen und Schrift-führer Franz Arnold mit Fräulein Anna Weibert zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Wiesbaden.

Unsern lieben Kollegen Johann Schumacher sowie seiner lieben Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Firma H. Vogel, Düsseldorf.

Eine Maschinentalzerin,

die ev. auch an der Preussischen Heftmaschine (Klopper) arbeiten kann, bei gutem Lohn für dauernd sofort verlangt. Meldungen an die Buchdruckerei vom roten Kreuz in Hohenschön (Kreis Templin) erbeten.

Stadt Hannover, Seeburgstr. 27

empfiehlt seine Lokalitäten zur Werk-stuben-Versammlungen und Festlichkeiten aller Art. — Großher Bier.

Der alte Wilhelm Speff.

Zahlstelle Berlin Branchens-Versammlungen

Album-, Mappen- und Galanteriebranche.

Dienstag, den 27. Januar 1914, abends 8 Uhr, im „Luisestädtschen Casino“, Draniensstr. 180.

Geschäftsbuchbranche.

Montag, den 19. Januar 1914, abends 6 Uhr, in den „Musiker-Festhän“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m.

Kartonbranche.

Mittwoch, den 21. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelkufer 15.

Luxuspapierbranche.

Dienstag, den 20. Januar 1914, abends 8 Uhr,

im „Fürstenthof“, Köpenicker Str. 137.

Tagesordnung

in allen Versammlungen:

1. Bericht und Neuwahl der Branchenleitung.
2. Neuwahl der Besitzer zur Ortsverwaltung.
3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch aller Branchenangehörigen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Preiswerte Fabrikräume

je 220 □ m I. u. III. Etage, Doppellicht, Dampfheizung, Fahrstuhl, Elektr. Licht u. Kraft per sofort. Anfragen an die Sisco Akt.-Ges., Berlin, Nigaer Str. 14, Tel. Königl. 3143.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die neuen Satzungen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungs-Ordnung haben am 5. Dezember die Genehmigung des Kgl. Oberber- sicherungsamts Groß-Berlin erhalten und sind am 1. Januar in Kraft getreten. Druckexemplare können von den Mit- gliedern im Bureau der Kasse, Stra- laner Straße 7/9, 2. Etage, in den Stunden von 8—1 Uhr in Empfang genommen werden.

K. Gottesmann, Vorsitzender.

Ingenieur-Akademie

Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro Ing. Bau-Ing. und Architekten.



Kostenfreier Arbeitsnachweis

für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig